

# „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“

## EU-Polizeimission in die Ukraine beschlossen

von Jürgen Wagner

Ende Juni 2014 beschloss der EU-Rat die Entsendung einer EU-Polizeimission in die Ukraine, die zur „Stabilisierung“ (sprich: Kontrolle) des Landes beitragen soll. Dies erscheint aus Brüsseler Sicht dringend notwendig, denn es deutet wenig darauf hin, dass der Konflikt zwischen der ukrainischen Regierung und den separatistischen Kräften im Osten in absehbarer Zeit beigelegt werden dürfte. Doch bei genauerer Betrachtung scheint die EU-Mission auch gegen Sozialproteste in anderen Landesteilen gerichtet zu sein.

Zwar stellte der neue Präsident Petro Poroschenko eine stärkere Föderalisierung in Aussicht (ohne allerdings zu präzisieren, wie dies konkret aussehen soll), ansonsten rückt er aber keinen Meter von seinem dezidiert pro-europäischen Kurs ab. Im Südosten sprechen sich aber lediglich knapp 25% der Bevölkerung für eine Annäherung an die EU aus, während knapp 47% einen Beitritt zur Zollunion (zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan) befürworten.<sup>1</sup> Dennoch unterzeichnete Poroschenko am 27.6.2014 in Brüssel auch die handelspolitischen Teile des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union, wodurch ein Beitritt zur Zollunion dauerhaft ausgeschlossen und die Ukraine (peripher) in die europäische Einflusszone integriert wird.

Erstmals forderte die damalige „Übergangsregierung“ am 20.3.2014 Unterstützung bei der Europäischen Union an. Daraufhin signalisierte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 14.4.2014 die Bereitschaft, die Entsendung einer EU-Mission im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) zur Sicherheitssektorreform in der Ukraine zu prüfen. Ziemlich genau einen Monat später wurde der Europäische Auswärtige Dienst damit beauftragt, ein Krisenmanagementkonzept auszuarbeiten, das dann am 19.6.2014 vorgelegt und am 23.6.2014 vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten verabschiedet wurde.<sup>2</sup>

### Stabilisierung der Sicherheitslage

Was sich die ukrainischen Machthaber von der Mission versprechen, zeigt ein Brief vom 8.5.2014 des damaligen Außenministers Andrii Deshchytzia an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, der dem EU-Krisenmanagementkonzept für die GSVP-Polizeimission als Anhang beiliegt: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn es eine dauerhafte Unterstützung der EU geben würde, die darauf abzielt, der russischen Aggression entgegenzutreten und die innere Situation zu stabilisieren.“ Betrachtet man die Details des „Revised Crisis Management Concept for a civilian CSDP mission in support of Security Sector Reform in Ukraine“, das nun beschlossen wurde, so scheint die EU genau diese beiden Ziele im Blick zu haben.<sup>3</sup>

Als Problemaufriss präsentiert das Krisenmanagementkonzept die Lage im Land folgendermaßen: „Mit wenig Gegenwehr haben pro-russische militante Gruppen in den östlichen Regionen Lugansk und Donezk die Kontrolle über lokale Polizei-, Geheimdienst- und Verwaltungsgebäude übernommen, die Geburt einer selbsternannten unabhängigen Republik erklärt und zunehmend gewalttätige Handlungen gegen ukrainische Sicherheitskräfte verübt. Die ukrainischen Vollzugsbehörden haben sich als unfähig erwiesen, Recht und Ordnung wieder herzustellen.“ (Artikel 5)

Diesem aus EU-Sicht misslichen Zustand, in dem der freundlich gesonnenen Regierung die Kontrolle über wesentliche Teile des Landes entglitten ist, zu beheben, scheint das Kernanliegen der EU-Polizeimission zu sein: „Das strategische Ziel besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die eine stabilisierte Sicherheitslage ermöglichen sowie die Wiedereinführung des Primats der Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung der Fähigkeiten der ukrainischen Behörden, die adäquate und demokratische Kontrolle der Institutionen zu gewährleisten, die mit der inneren Sicherheit befasst sind.“ (Absatz 44)

### Strategische Beratung und Anleitung

Im Rahmen der Polizeimission sollen „Strategische Berater“ entsendet werden: „Zur Unterstützung der ukrainischen Bereitschaft zur Sicherheitssektorreform wird die nicht-exekutive zivile GSVP-Mission die relevanten Institutionen bei der Ausarbeitung neuer Sicherheitsstrategien und bei der Implementierung wesentlicher, umfassender und schlüssiger Reformanstrengungen beraten und anweisen (mentor and advise).“ (Artikel 48)

Über die Finanzierung der zunächst auf zwei Jahre mandatierten Polizeimission macht das Krisenmanagementkonzept keine Angaben, außer dass das Budget dem GASP-Haushalt entnommen werden soll. Der Umfang wird mit 40 „strategischen Beratern“ angegeben, die zunächst in Kiew stationiert sein werden. Ob weitere hinzukommen werden, sobald auch eine Präsenz in anderen Regionen wie vorgesehen etabliert ist, ist dem Konzept nicht zu entnehmen. Weiter heißt es zwar, „die EU-Mission wird sich nicht auf Bereiche der Reform des Verteidigungssektors erstrecken“ (Artikel 49), andererseits wird allerdings betont, „besonders die Koordination mit Akteuren die sich mit anderen Aspekten des Sicherheitssektors (Verteidigung) befassen, wird von zentraler Bedeutung sein.“ (Artikel 52)

Unter der Überschrift „Mögliche Risiken für die Missionsziele“ findet sich eine Passage, die zeigt, dass nicht nur die Ost-Ukraine im Visier der Mission ist: „Sollten die ukrainischen Behörden nicht in der Lage sein, die legitimen Ansprüche der Bevölkerung, egal ob sie aus dem Westen oder Osten stammen und ob sie diese Regierung unterstützen oder nicht, auf effiziente und rechtsbasierte Fähigkeiten ihrer Strafverfolgungseinrichtungen einzulösen, existiert mittel- bis langfristig die Gefahr von Ernüchterung, Protest und sozialen Unruhen.“ (Artikel 73) Mit dem dezidiert pro-europäischen Kurs, besonders aber mit dem sozialen Kahl-schlag, der der Ukraine nun auf Verlangen des Internationalen Währungsfonds verordnet wurde, werden – mit voller Unterstützung der EU – „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“ jedoch billigend in Kauf genommen, ja geradezu herbeigeführt. Und genau um den Folgen dieser Politik begegnen zu können, scheint die EU-Polizeimission nun beschlossen worden zu sein.

### Anmerkungen

- 1 [The views and opinions of South-Eastern regions residents of Ukraine](#), Kiev International Institute of Sociology, April 2014.
- 2 [EU prepares civilian mission to assist security sector reform in Ukraine](#), Luxembourg, 23.6.2014 (11156/14), Presse 355.
- 3 [European External Action Service: Revised Crisis Management Concept for a civilian CSDP mission in support of Security Sector Reform in Ukraine](#), Brussels, 19.6.2014. Die folgenden Artikelangaben in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument.